

AUSGABE VOM 23. SEPTEMBER 2022

Sicherheit: Breilmann warnt vor Laternen-Abschaltung

Infolge der Energiekrise wird in vielen Städten im anstehenden Herbst und Winter an der Straßenbeleuchtung gespart. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann sieht darin aber für die Region auch eine Gefahr: „Die Laternen müssen angeschaltet bleiben. Denn wo es dunkel ist, fühlt man sich nicht mehr sicher, da entstehen subjektiv Angsträume“. Besonders betroffen seien Senioren und Frauen. Diese Ängste dürfe man nicht abtun, sondern müsse man ernst nehmen. „Viele Menschen in Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop arbeiten bis tief in die Nacht, müssen nachts nach Hause. Es darf nicht passieren, dass sie in dunklen öffentlichen Räumen allein gelassen werden mit ihrer Angst“, so Breilmann. Die Beleuchtung sei ein wesentlicher Punkt der Kriminalprävention, der nicht angetastet werden dürfe.

Energiekosten: CDU/CSU fordert Abschaffung der Gasumlage

Seit Wochen schon fordert die Unionsfraktion von der Regierung die Abschaffung der stümperhaft konzipierten Gasumlage. Mit der Ankündigung der Ampel, den angeschlagenen Energieriesen Uniper zu verstaatlichen, sieht die CDU/CSU erst recht keinen Sinn mehr in der Abgabe, die die ohnehin gebeutelten Gaskunden ab 1. Oktober zusätzlich belasten wird. In einer aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch verliehen Unionspolitiker ihrer Forderung nach Abschaffung Nachdruck. Völliges Unverständnis äußerte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jens Spahn dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in gut zehn Tagen für etwas zahlen sollen, an dem der Wirtschaftsminister selbst verfassungsrechtliche Zweifel habe. Minister Robert Habeck hatte angekündigt, im Zuge der Verstaatlichung von Uniper genau überprüfen zu lassen, ob die Umlage mit der Finanzverfassung in Einklang steht. Denn nun würde ein Staatsunternehmen mit einer Umlage alimentiert werden. Die Gasumlage sollte dazu dienen, systemrelevante Energieversorger zu stützen, die aufgrund der enorm gestiegenen Beschaffungspreise für Gas in Schieflage geraten sind, weil sie die Kosten wegen langfristiger Verträge nicht an die Kunden weitergeben können. Es zeigte sich aber, dass die Umlage auch Trittbrettfahrern zugutekommen würde, die in Wirklichkeit Gewinne erzielen. Die Regierung sollte aber prüfen, ob sie angeschlagene Unternehmen nicht auch auf anderem Wege retten könnte, bevor sie eine Umlage von den Gaskunden zahlen lässt. „Mit der Verstaatlichung ist klar:



„Ich fordere Sie auf, das vermurkste Gesetz vom Tisch zu nehmen“: Für CDU-MdB Michael Breilmann ist Habecks umstrittene Gasumlage zu teuer und ungerecht. (Foto: Privat)

Diese Gasumlage muss weg“, schließt sich der CDU-MdB Michael Breilmann der Kritik an. In ihrem [Leitantrag](#) beantragte die Unionsfraktion die Gasumlage „mit sofortiger Wirkung aufzuheben“. MdB Michael Breilmann: „Unsere Vorschläge liegen seit Wochen und Monaten auf dem Tisch: Die drei Kernkraftwerke müssen weiterlaufen, die Gasumlage muss abgeschafft werden, ein Energie-Basispreis für Betriebe muss her, es braucht einen umfänglichen Ausgleich der kalten Progression. Zudem müssen die Hilfen endlich bei den von hohen Energiekosten besonders betroffenen Unternehmen und Betrieben auch in der Region ankommen. Wir brauchen keine Ankündigungen und Versuche mehr, sondern bis zum Ende durchgedachte wirksame Maßnahmen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

zum Neujahrsfest Rosch Haschana sende ich allen meinen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, ihren Familien und Gemeinden in der Region meine



allerbesten Wünsche für das beginnende Jahr 5783! Rosch Haschana heißt übersetzt „Kopf des Jahres“, und in den kommenden Tagen bis Jom Kippur, spielt der Kopf eine wichtige Rolle: Denn diese Tage geben Zeit, um gedanklich in sich zu gehen, zurückzublicken, und sich, wo nötig, nach Streit zu versöhnen. Zurückblicken können wir auf eine große Welle der Solidarität mit Menschen, die vor Russlands grausamem Angriffskrieg aus der Ukraine flüchten müssen. Es schmerzt, dass unter diesen Flüchtenden viele Menschen jüdischen Glaubens sind und auch ukrainische Jüdinnen und Juden, die schon von dem NS-Regime verfolgt wurden. Es ist mir ein persönliches Anliegen, jüdisches Leben in unserer Region zu stärken und zu schützen. Antisemitismus, Hassreden und Gewalt gegen Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens werden wir entschlossen entgegenzutreten. Jegliche Form der Relativierung des Holocaust ist unerträglich und nicht hinnehmbar. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland sind ein Schatz und die jüdische Kultur fester Bestandteil unserer Gesellschaft. In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass das bevorstehende Jahr ein gutes Jahr wird – Schana Towa!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Stehen fest an der Seite der iranischen Frauen

Im Iran weiten sich diese Woche die Proteste nach dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini aus. Die Frau war am Dienstag vergangener Woche von der Sitten- und Religionspolizei wegen ihres „unislamischen Outfits“ festgenommen worden. Was genau danach geschah ist unklar. Dazu erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann: „Die CDU/CSU-Fraktion steht fest an der Seite der iranischen Frauen, die für ihre Rechte auf die Straße gehen. Dass es hierbei bereits zu Todesfällen gekommen ist, ist der Härte der iranischen Sicherheitsorgane zuzuschreiben. Der Protest der Frauen im Iran ist berechtigt und die Bundesregierung muss alles unternehmen, um den Frauen im Iran politisch und auf diplomatischem Wege zu helfen. Die bisherigen Äußerungen der Bundesregierung entsprechen nicht den selbstgesteckten Ansprüchen gegenüber Frauenrechten. Wer „feministische“ Außenpolitik ernst nimmt, muss den mutigen Frauen im Iran jede Unterstützung zukommen lassen. Dazu gehören deutliche Worte und Sanktionen gegenüber dem Mullah-Regime in Teheran.“

InnoTrans: Besuch am Messestand von W & S Technik



Die InnoTrans, die internationale Leitmesse für Verkehrstechnik, öffnete in Berlin ihre Pforten mit 2.834 Ausstellern aus 56 Ländern. Darunter auch die 2007 entstandene Firma W & S Technik GmbH mit Hauptsitz in Castrop-Rauxel. Als Dienstleister im Bereich der Weichen- und Signaltechnik in der Industrie- und Eisenbahninfrastruktur betreut das Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern Kunden aus ganz Deutschland und ist wichtiger Rahmenvertragspartner der Deutschen Bahn. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann ließ es sich am Mittwoch nicht nehmen, die heimische Firma am Messestand zu besuchen. Themen des Meinungsaustausches waren u.a. die Zukunft des Unternehmens, das Schaffen neuer Arbeitsplätze in der Region und der Beitrag von W & S zur Digitalisierung der Kabelinfrastruktur des Eisenbahnnetzes. MdB Breilmann: „Ich bin beeindruckt: Ein Hidden Champion aus Castrop-Rauxel, eine tolle Erfolgsgeschichte. Vielen Dank an das ganze Team für den freundlichen Empfang und den regen Austausch. Ich habe viele Anregungen für meine Arbeit mitgenommen“. (Foto: Privat)

EuGH-Urteil: Innenministerin Faeser muss handeln

Der Europäische Gerichtshof hat am 20. September sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Dabei ging es um die Frage, ob das Gesetz von 2015 mit der Datenschutz-Richtlinie und den Unionsgrundrechten vereinbar ist. Das Gericht bestätigt seine Auffassung, wonach das EU-Recht einer allgemeinen Vorratsspeicherung grundsätzlich entgegensteht. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Speicherung zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung von Verkehrsdaten vorsieht. Gleichzeitig lässt das Gericht ausdrückliche Ausnahmen zu: Eine befristete, allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen ist zulässig. Zudem dürfen ausdrücklich auch Identifizierungsmerkmale der Nutzer gespeichert werden. CDU-MdB Michael Breilmann: „Mit dem Urteil ist klar: Eine befristete Speicherung von IP-Adressen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von sexuellem Missbrauch an Kindern ist zulässig. Die Regierung hat nun keine Ausrede mehr. Innenministerin Faeser muss umgehend für eine praxistaugliche Regelung zur Speicherung von IP-Adressen sorgen. Um Kinderschänder aufzuspüren und Pädophilenringe auffliegen zu lassen, sind IP-Adressen die wichtigsten digitalen Beweismittel. Ohne Speicherpflicht sind diese Beweise oft gelöscht und können keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. Das ist unerträglich - Kinderschutz muss Vorrang haben.“

Union: Ukraine auch mit Panzern unterstützen

Die Unionsfraktion hat am Donnerstag im Bundestag einen Antrag vorgelegt, die Ukraine mit schweren Waffen zu unterstützen und eine Genehmigung für die Ausfuhr diverser Panzertypen an die Ukraine zu erteilen. Im Anschluss wurde der Antrag in die Ausschüsse überwiesen. Die CDU/CSU hatte direkte Abstimmung beantragt, was jedoch abgelehnt wurde. MdB Michael Breilmann: „Eine peinliche Posse, eine Sofortabstimmung zu verhindern, obwohl auch Vertreter von Grünen und FDP sich zuletzt für die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine ausgesprochen hatten“. Nach den jüngsten Rückeroberungen russisch besetzter Gebiete liege das Momentum auf Seiten der Ukraine, die sich erfolgreich verteidigen und ihr Staatsgebiet zurückerobern könne. Breilmann: „Damit dies gelingt, muss die Ukraine jedoch umgehend substantiell ausgerüstet werden, auch mit schwerem, westlichem Gerät, so wie dies insbesondere die Partner in Zentral- und Osteuropa, die am unmittelbarsten durch Russland bedroht seien, bereits seit Monaten fordern“.

Impressum:

Ausgabe Nr. 14 der 20. Wahlperiode

23. September 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
M. Breilmann MdB/H. Häßler/
R. Hoffmann/J. Ehm